



NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 12.04.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:01

Ende: 18:19



Anwesenheitsliste

CDU

Heidi Berger

Vertreterin von Fr. Höhlinger

Rudi Eichhorn

Peter Lerch

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Vertreter von Hrn. Dr. Bals

SPD

Hermann Demmerle

Prof. Peter Leiner

ab 17.12 Uhr, während Einwohnerfragestunde

Günter Scharhag

entschuldigt, vertreten durch Herrn Tas

Armin Schowalter

Vertreter von Hrn. Thiel

Aydin Tas

Vertreter von Hrn. Scharhag

Monika Vogler

ab 17.23 Uhr, während Einwohnerfragestunde

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

bis 18.04 Uhr, bis einschl. TOP 2 NÖ

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Beigeordnete/r



Rudi Klemm

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Christine Baumstark

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Sonstige

Michael Niedermeier

Schriftführer/in

Kristina Bollinger

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals

vertreten durch Herrn Mosebach

Susanne Höhlinger

vertreten durch Frau Berger

SPD

Hans Peter Thiel

entschuldigt, vertreten durch Herrn Schowalter



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, warum der Antrag ihrer Fraktion Pfeffer und Salz zum Thema Bürgerhaushalt nicht auf der Tagesordnung aufgeführt sei.

Der Vorsitzende erwiderte, dass dieser Antrag im Zusammenhang des neuen Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zu sehen sei. Zu diesem Thema wurde den Ratsmitgliedern eine ausführliche schriftliche Ausfertigung übermittelt. Derzeit würden noch weitgehendere Informationen des Landes fehlen. Sobald diese vorliegen, würde abschließend informiert und der Antrag im Hauptausschuss behandelt werden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Benennung des Platzes vor den Anwesen Stiftsplatz 5, 7 und 9 als "Johannes-Bader-Platz"
Vorlage: 620/025/2016
3. Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr
Vorlage: 680/125/2016
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Einige anwesende Einwohner stellten folgende Fragen:

1. Initiative Landau baut Zukunft:

Herr Rüdiger Schmitt stellte zum Wohnraumversorgungskonzept folgende Fragen:

1. Stimmt es, dass es keine anderen Grundlagen als die Untersuchung der Fa. InWIS für die Flächen in Landau-Südwest gibt?
2. Welche Kosten sind durch die Fa. InWIS entstanden und wie war der konkrete Arbeitsauftrag an die Firma?
3. Warum findet das Treffen zwischen Herrn Dr. Ingenthron und den Landwirten in nichtöffentlicher Sitzung statt?
4. Ist auch ein Treffen für die Anwohner/Immobilienbesitzer geplant?

Der Vorsitzende antwortete, dass das Wohnraumversorgungskonzept die Zusammenfassung verschiedenster Indizien und Faktoren sei und es eine Arbeitsgrundlage darstelle. Die Grundlagen des Statistischen Landesamtes seien dem Stadtrat zu ungenau gewesen, deshalb wurde eine vertiefende Untersuchung in Auftrag gegeben. Die Kosten sowie Arbeitsaufträge könnten in der Bürgerversammlung am 28. April 2016 um 18 Uhr in der Festhalle detailliert dargestellt werden. Das Treffen mit den Landwirten am Donnerstag, 14. April 2016 finde mit dem kompletten Stadtvorstand statt; aufgrund des Wunsches der Landwirte unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch für andere Betroffene seien im Rahmen der kommenden Untersuchungen entsprechende Treffen in mehreren Bürgerinformationsveranstaltungen vorgesehen.

Herr Rüdiger Schmitt fragte nach, ob bei einem der Treffen ein Fragekatalog eingereicht werden dürfe.

Der Vorsitzende bejahte dies. Der Fragekatalog könne bei der Verwaltung auch vorab eingereicht werden, sodass die Fragen bei der Veranstaltung bereits beantwortet werden könnten.

Frau Sabine Lüdtke fragte nach, wie die angekündigten regelmäßigen Bürgerinformationsveranstaltungen (Form, Örtlichkeit und Einbeziehen der Bürger) stattfinden werden. Des Weiteren äußerte sie Zweifel, dass alle Stadtratsmitglieder die InWIS Studie gelesen haben. Auf Seite 83 der Studie sei eine Tabelle der demografischen Entwicklung in Landau bis zum Jahr 2030 aufgeführt. Im Vergleich zu den Daten des Statistischen Landesamtes sei eine eklatante Abweichung bei den Altersstufen 35 bis unter 50 festzustellen. Während das Land bis 2030 eine Abnahme von 8,1 % prognostiziere, spreche die Trendvariante der InWIS-Studie von einem Zuwachs von 19 %. Deshalb frage sie, ob die Stadtspitze geplant habe, eine neutrale Institution für die Beurteilung der Differenz mit einzubeziehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass in Quartals- oder Viermonatsrhythmen Bürgerveranstaltungen erfolgen werden. Der erste Termin sei der 28. April 2016. Vor der Sommerpause würde dann noch eine weitere Veranstaltung zum Thema „Stadtteile“ erfolgen. Es handele sich um einen Prozess, der über mehrere Jahre laufe und sei eine Prognose für die Zukunft; insbesondere für zukünftige Veränderungen. Aufgrund der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gäbe es einen Siedlungsdruck, auch in Beteiligung der Bürgerschaft. Über das Gutachten der Firma InWIS seien die Ratsmitglieder sehr umfangreich informiert worden. Vor diesem Hintergrund könne man davon ausgehen, dass sich die Ratsmitglieder über ihre Entscheidung bewusst waren.



Frau Lüttke erkundigte sich nochmals nach der Differenz bei den Altersstufen zwischen den 35 und unter 50-jährigen. Die Abweichung beider Studien führe zu einem Unverständnis.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Stadt derzeit dabei sei, diese Angaben aufzuarbeiten.

Frau Lüttke betonte, dass sie an dieser Stelle ein neutrales Gutachten als Vergleich befürworten würde.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es sich um eine Prognose für die Zukunft handelt. Deshalb werde derzeit an den Rahmenbedingungen gearbeitet, um zu gegebener Zeit nachjustieren und evtl. weitere Gutachter mit einzubeziehen.

Frau Ilona Breiner erklärte zum Wohngebiet Landau-Südwest, dass es aufgrund des Generationenwechsels immer weniger Familien gäbe. Sie fragte nach, was mit dem in den nächsten Jahren zu erwartenden Leerstand von bestehenden Einfamilienhäusern passieren werde. Laut dem Gutachten solle hauptsächlich fehlender Wohnraum für Kleinverdiener und Leute mit mittlerem Einkommen geschaffen werden. Diese Leute hätten weniger Bedarf an Einfamilienhäusern. Deshalb fragte sie nach, ob es im Umkehrschluss bedeute, dass in diesem Gebiet Wohnungsbaugesellschaften zum Zuge kämen, die entsprechenden bedarfsorientierten Wohnraum schaffen.

Der Vorsitzende erklärte, dass im Falle von Leerständen kein zusätzliches Baugebiet benötigt werden würde. Dann wäre die jetzige Prognose jedoch völlig falsch und es würden keine weiteren Siedlungsflächen ausgewiesen werden. Aus dem Gutachten sei erkennbar, dass die Frage zu fehlendem Wohnraum sehr differenziert zu betrachten sei. Aktuell fehle bezahlbarer Wohnraum für den Mehrgeschosswohnungsbau. Um diesen Bedarf aktuell zu decken, würden hierfür innerstädtische Flächen genutzt werden. Im Zeitraum von 5 Jahren müsse darüber hinaus nachgesteuert werden. Derzeit gehe der Trend davon aus, dass aufgrund kleiner werdender Haushalte dann auch weitere Einfamilienhäuser benötigt werden. Sodann wäre in diesem Bereich Siedlungsmöglichkeit. Der Untersuchungsinhalt solle unter anderem sein, welche Flächen für welche Siedlungsmöglichkeiten entstehen könnten.

Frau Regina Graw wies auf die Frage der Transparenz und Bürgernähe hin. Bürgernähe werde von der Stadt zwar plakatiert, aber nur selten praktiziert. Ein Beispiel sei der Stellenabbau bei der Stadtbücherei oder die Einweihung des Wasserhochbehälters der Energie-Südwest AG. Hier habe sie sich als Bürgerin z. B. beim Design der Türme mehr Mitspracherecht erhofft. Sie fordere mehr Mitspracherecht für das Projekt „Landau baut Zukunft“ und bezweifle, dass dieses im Interesse der Landauer Bürger sei. Es sollte der Wählerwille vertreten werden. Laut der InWIS-Studie würde sich die demografische Entwicklung der Bestandsbürger von Landau verändern und es sei ein Verlust von 6,2 zu verzeichnen. Für die Landauer Bürger sei deshalb kein neues, riesiges Baugebiet erforderlich. Die Gemeinsamkeit der Schwarmstadt Landau mit anderen Schwarmstädten sei der Standort einer Universität. Dies stelle eine hohe Attraktivität für junge Menschen dar. Sie fragte nach, wie viele Studenten nach ihrem Studium arbeitstechnisch in Landau untergebracht werden könnten.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Bürgernähe im Zusammenhang mit transparenten Vorgängen stehe. Das Projekt der Energie Südwest AG sei seit Monaten/Jahren ein Thema. Auch dazu gab es bspw. in Arzheim Bürgerinformationsveranstaltungen. Architektonische Fragen ergeben sich zum Teil auch aus den Vorgaben der Aufsichtsbehörden. Letztendlich läge es allerdings bei den Verantwortlichen im Rahmen der zulässigen Gegebenheiten. Auch die Kritikpunkte gegenüber der Stadtbibliothek waren teilweise Vorgaben der Aufsichtsbehörde, die der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsberatung in der Verantwortung der Gesamtsituation so entschieden habe. In dieser Situation würden sich alle rheinland-pfälzischen Städte befinden. Vor einigen Monaten standen Bürger vor dem Rat, um für die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum zu bitten und entsprechende Flächen für eine Siedlungsentwicklung zur Verfügung zu stellen. In Stadtteilen sei auch ein Siedlungsdruck von jungen



Familien vorhanden, die keine Möglichkeit haben, Grundstücke/Immobilien zu erwerben und deshalb in den Umkreis ziehen müssen. Letztendlich könne man in einem freien Land niemanden verbieten, nach Landau zu ziehen. Die Stadt habe jedoch die Möglichkeit, eigene Flächen mit entsprechenden Spielregeln zu vergeben, wie bspw. die Bestandsbevölkerung zu bevorzugen. Zum anderen seien ausreichend Siedlungsmöglichkeiten vorhanden, um eine Steigerung des Siedlungsdrucks zu vermeiden. Hierzu diene ebenfalls die Initiative. Am Ende stünden verschiedene Betrachtungsweisen gegenüber letztlich vor dem Hintergrund, was in etliche Jahren an Bedarf vorhanden sein werde. Es handele sich derzeit noch um keine Entscheidung, sondern lediglich um eine gutachterliche Betrachtung.

Frau Graw fragte nach der Dimensionen und wie viele konservative Wähler das Projekt unterstützen würden.

Der Vorsitzende antwortete, dass noch keine Dimension beschlossen sei, sondern lediglich der Bedarf aufgezeigt werde. Es würde im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger gehandelt werden, und nicht nur für die konservativ denkende Bevölkerung.

2. Aufwertung des Synagogenmahnmals:

Herr Dumröse sei zum Thema „Aufwertung des Synagogenmahnmals“ der Meinung, dass dies ein zentrales und wichtiges Projekt für eine Bürgerbeteiligung sei, da es die Historie von Landau betreffe. Er bat darum, dass Bürger aktiv mitwirken können und an den Planungen des Synagogenmahnmals zu beteiligen.

Der Vorsitzende nahm die Information entgegen. Im Bauausschuss wurde ein Verfahren verabredet und die Verwaltung wurde beauftragt, weitere Untersuchungen und Planungen anzustellen. Der Bauausschuss wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit den Konzeptionen beschäftigen und mit der Thematik befassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Benennung des Platzes vor den Anwesen Stiftsplatz 5, 7 und 9 als "Johannes-Bader-Platz"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Vermessung und Geoinformation vom 14. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Hintergrund der Benennung sei das Reformationsjubiläumsjahr. Deshalb sei die Stiftskirchengemeinde mit der Initiative an die Stadt herantreten. Die Geschichte von Herrn Bader, sein Wirken sowie die Reformationsgeschichte der Stadt solle gemeinsam mit der Stiftskirchengemeinde und dem Dekanat in Vorbereitung mit dem Chawwerusch Theater aufbereitet werden. Es sollen unterschiedliche gemeinsame Veranstaltungen im nächsten Jahr erfolgen. Ein Teil davon sei die Benennung dieses Platzes im Jahr 2017; dessen Um-/Neugestaltung sei im Jahr 2018 vorgesehen.

Ratsmitglied Schowalter freue sich, dass man der Reformation gedenke. Er verwies auf das Buch aus dem Jahre 1974 „Buch Landau in der Pfalz aus der Geschichte einer alten Reichs- und Festungsstadt“, Herausgeber: Herr Dr. Hans Hess. Er zitierte Zeilen aus den Seiten 287 und 244, in denen erläutert wurde, dass Herr Bader im damaligen Stadtrat für die Vertreibung der Mitglieder der Träufergemeinde eingetreten sei. Dies führte dazu, dass Herr Bader die treibende Kraft war, dass Menschen die Stadt verlassen mussten, sobald sie mit einer Glaubensgruppe in Kontakt getreten seien. Er sei der Meinung, dass das Fehlverhalten von Herrn Bader und des damaligen Rates bei der Würdigung der Reformation ebenfalls erwähnt werden müsse. Er appelliere, dass man auch die Schattenseiten der Reformation bedenken solle. Aufgrund dieser Sachlage werde er sich bei der Abstimmung enthalten, befürworte es allerdings, dass man der Reformation gedenke.

Der Vorsitzende ergänzte, dass auch die Schattenseiten dieser Zeit im Rahmen der Jubiläumsfeier aufgearbeitet werden würden, z. B. im Rahmen eines Theaters.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, wer von der Stiftskirchengemeinde den Antrag gestellt habe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass der Dekan der Stiftskirchengemeinde mit einem offiziellen Schreiben auf die Stadt zugegangen sei.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die Stiftskirchengemeinde in öffentlicher Presbyter-Sitzung einstimmig dem Projekt zustimmte. Er begrüße es, dass sich die Stadtverwaltung mit dieser Zeit befasse und dies der Stiftskirche zu Gute kommen werde.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, wie hoch die Umgestaltungskosten des Platzes seien und ob der Spielplatz erneuert werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies in den Haushaltsberatungen bereits besprochen und beschlossen wurde. Der Spielplatz vor dem Stiftskirchengemeindehaus sei sanierungsbedürftig und werde deshalb im Jahr 2018 neu gestaltet.

Ratsmitglied Hartmann äußerte Skepsis, da sich seine Fraktion für eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen im öffentlichen Raum einsetze und sie der Meinung seien, dass der Platz mit einem Frauennamen benannt werden sollte. Deshalb werde sich seine Fraktion enthalten.

Der Hauptausschuss stimmte einstimmig mit 12 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen nachfolgendem Beschlussvorschlag zu:

Auf Anregung der Stiftskirchengemeinde Landau soll der Platz vor den Anwesen Stiftsplatz 5, 7 und 9 den Namen



„Johannes-Bader-Platz“

erhalten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 30. März 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss stimmte einstimmig mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag zu:

Gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes (LStrG) werden die im beiliegenden Verzeichnis enthaltenen und im Lageplan 1 gekennzeichneten Verkehrsflächen als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3 LStrG) zur Nutzung als Geh- und Radweg, die im Lageplan 2 und 3 gekennzeichneten Verkehrsflächen als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3 LStrG) ohne Widmungsbeschränkung dem öffentlichen Verkehr, gewidmet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über folgende Themen:

1. Haushalt 2016:

Das Genehmigungsschreiben der ADD für den Haushalt 2016 sei mittlerweile eingegangen und wurde an die Fraktionsvorsitzenden verteilt. Auch eine geographische Darstellung, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünscht, wurde verteilt und sei auf der städtischen Homepage abrufbar. Auftretende Rückfragen könnten bei Bedarf an die Verwaltung gestellt werden.

Ratsmitglied Hartmann lobte die Transparenz und die bereits erfolgte Veröffentlichung auf der städtischen Homepage.

2. Stellenbesetzung der Stabsstelle „Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung“:

Die entsprechende Besetzung mit Herrn Niedermeier erfolge mit einer entsprechenden Übergangszeit zum 1. Mai 2016.

Das Nachbesetzungsverfahren der Stelle des Pressestellenleiters sei am Laufen.

3. Termine:

Er lud zur Bürgerveranstaltung am 28. April 2016 zum Thema “Initiative Landau baut Zukunft“ ein. Am 30. Mai 2016 um 18.30 Uhr werde die Verleihung des Ehrenamtspreises im Haus am Westbahnhof veranstaltet. Eine entsprechende Einladung erfolge rechtzeitig.

Rückfragen der Ratsmitglieder:

1. Flüchtlingssituation

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, ob die Rundsporthalle weiterhin für Flüchtlinge vorgehalten werde. Nach ihren Recherchen würden andere Städte Überlegungen anstellen, ihre vorgehaltenen Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlinge zu reduzieren. Sie bat um wiederkehrende Sachstandsinformation zu diesem Thema.

Der Vorsitzende erwiderte, dass für eine mögliche Unterbringung von Flüchtlingen alles bereitgestellt wurde, die Halle fertiggestellt sei und zur Verfügung stünde. Darüber sei der Rat bereits informiert worden. Derzeit seien im Stadtgebiet 650 Flüchtlinge untergebracht. Wöchentlich kämen weitere Personen hinzu; die Container seien in der Belegung. Derzeit zeichne sich keine Entspannung ab. Bei neuen Erkenntnissen würde informiert werden.

Der Hauptausschuss nahm die Informationen zur Kenntnis.

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 12.04.2016 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 53.



Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Kristina Bollinger
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter